

GRÜNE Hamburg, Burchardstr. 21, 20095 Hamburg

An
Apfelbaum braucht Wurzelraum – Gärten für Altona

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Hamburg

Anna Gallina
Landesvorsitzende

Burchardstr. 21
20095 Hamburg
Anna.Gallina@hamburg.gruene.de

Hamburg, 23. Dezember 2019

Antwort: Wahlprüfsteine zur Hamburger Bürgerschaftswahl 2020

Sehr geehrte Kleingärtner*innen,

gerne beantworte ich Ihre Wahlprüfsteine an Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hamburg zur anstehenden Bürgerschaftswahl 2020.

1. Wie stehen Sie generell zum Motto „Wachsende Stadt“ und der daraus resultierenden Verdichtung?

Das Modell „Wachsende Stadt“ ist ein Konzept der CDU von Anfang des Jahrhunderts – und nicht mehr aktuell. Die Anforderungen des Klimawandels stellen uns mittlerweile vor weit größere Herausforderungen, so dass das Leitbild für unsere Stadt eher unter den Begriffen „Klimaanpassung, Mobilitäts- und Energiewende und Digitalisierung unserer Gesellschaft“ steht. Nichts desto trotz hat Hamburg einen großen Zustrom an Neu-Hamburger*innen und somit einen starken Nachfragedruck am Wohnungsmarkt, den wir bewältigen müssen, damit die Mieten nicht ins Unendliche steigen. Dieser Anforderung stellen wir uns, wobei wir mit der Volksinitiative des NABU einen guten Weg zum Erhalt der Grünflächen in Hamburg gefunden haben. Den Wohnungsbau wollen weitestgehend durch Innenverdichtung und der Entwicklung entlang der Magistralen, aber auch durch neue Stadtteile wie in Oberbillwerder gewährleisten.

2. Wie stellen Sie sicher, dass in der wachsenden Stadt Hamburg auch in Zukunft ausreichend Grünflächen vorhanden sind?

Die Einigung mit der Volksinitiative des NABU zum Naturerhalt bzw. zur Sicherung der Grün- und Parkflächen beinhaltet:

Schutz der Flächen

- Hamburg wird 10 Prozent der Landesfläche dauerhaft unter Naturschutz zu stellen.
- Die Landschaftsschutzgebiete auf 18,9% halten
- Die Flächen des Biotopverbunds auf 23,2 % halten
- die zum 17.05.2016 noch unbebauten und noch nicht anderweitig planungsbefangenen Flächen des Grünen Netzes innerhalb des 2. Grünen Ringes von Bebauung freihalten und bei Inanspruchnahme eine gleich große Freifläche herzustellen.
- Den Bestand an öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen schützen, weitere Grünanlagen in neuen Quartieren schaffen.

Verbesserung der Naturqualität

- den messbaren Naturzustand Hamburgs beständig zu verbessern, d.h.
- Hälfte der NSG-Fläche (Biotopwert 6,38) in 10 Jahren um eine Stufe (Biotopkartierung) aufwerten
- Naturqualität auch außerhalb der Naturschutzgebiete (Biotopwert 3,51) bis 2030 steigern
- Bei naturschutzfachlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ein Andienungsgebot an das „Sondervermögen Naturschutz“ einführen
- zehn zusätzliche Ranger in den Naturschutzgebieten und dem Biotopverbund
- 4,5 Millionen Euro zur Stärkung Naturschutzarbeit pro Jahr zusätzlich
- „Vertrag für Hamburgs Stadtgrün“ mit den Bezirken und anderen städtischen Trägern der Grünentwicklung schließen, d.h. alle Akteure auf dem Weg miteinnehmen

Transparenz/Überprüfbarkeit

- Fünf-Jahres-Turnus für Monitoring der Qualität und Quantität von Hamburgs Natur auf Basis der Biotopkartierung
- Erfassung der Bodenversiegelung auf der Basis satellitengestützter Daten.
- Jährliche Berichterstattung in der Bürgerschaft

Das ist aus unserer Sicht eine gute Grundlage dafür, dass auch in Zukunft ausreichend Grünflächen in Hamburg vorhanden sind.

3. Welche Parameter werden für die Planung von städtischen Grünflächen herangezogen, welche sollen es Ihrer Meinung nach in Zukunft sein (Einwohnerzahl, Fläche, Sozialindex, Altersstruktur...)?

Die aktuelle Freiraumanalyse geht zunächst aus von einer Analyse „von wohnungsnahen Freiräumen, die auch von weniger mobilen Menschen wie Ältere oder Kinder gut fußläufig erreichbar sind und sich in maximal 500 m Entfernung zur Wohnung befinden. Diese öffentlich nutzbaren Freiräume werden mit den privaten und gemeinschaftlich nutzbaren Freiräumen überlagert.“

Daraus ergibt sich ein Handlungskatalog der mit den Ergebnissen des Sozialmonitoring der integrierten Stadtteilentwicklung (RISE) überlagert ist, und so die Maßnahmen priorisiert. Das ist aus unserer Sicht ein richtiges Vorgehen, da sozial Schwächere multidimensional be-

lastet und oft weniger mobil sind, so dass die Notwendigkeit für Erholungsräume dort größer ist. So wurden mehrere Millionen Euro in den Grünzug von Hamm bis Öjendorf investiert oder demnächst mit dem Programm „Mitte machen“ und „Biodiversität im Hamburg Osten“ die Grün-, Erholungsräume aber auch Sportflächen erheblich aufgewertet.

Es ergeben sich aber auch stadträumliche Chancen, wie beim A7-Deckel, bei der Trabrennbahn oder der Verlagerung der Wilhelmsburger Reichstr., wo entweder neue Flächen eingerichtet oder bestehende erheblich erweitert werden.

4. Was müsste für Sie ein „Grünentwicklungsplan Ottensen / Othmarschen / Bahrenfeld und Umgebung“ auf jeden Fall sicherstellen?

Die Grünflächen muss man zunächst immer im Gesamtkontext – auch gesamtstädtisch – sehen. Mit dem Freiraumverbundsystem ist Hamburg sehr gut aufgestellt. Dieses muss natürlich gemäß der Einigung mit dem NABU gesichert und gepflegt werden (s. Antwort auf 2), - hier gilt vor allem der Schutz des 2. Grünen Ringes. Hinzu kommen die neuen Grünflächen – 8 ha in Mitte Altona, im Holsten-Quartier, dem A7-Deckel und der Erweiterung des Altonaer Volksparks. Sie gilt es im Sinne der dortigen Bewohner*innen nutzbar zu machen, mit mehr Naturerlebnisräumen zu versehen (auch bei den Schulen!) und qualitativ zu pflegen – das gilt natürlich auch für die vorhandenen Grünflächen, wie dem Fischers Park, dem Hohen Elbufer, dem Harkenseepark, die ganzen Parkanlagen bis Rissen raus, dem Wohlerspark uvm. Dort werden zukünftig auch einige Millionen in den zukünftigen Erhalt und zeitgemäße Umgestaltung/ Erneuerung investiert (bspw. Fischers Park, Wohlers Park).

5. Bebaute Flächen können umgewandelt werden, etwa ein Gewerbegebiet in ein Wohngebiet. Eigentlich nie werden bebaute Flächen wieder zu Grünflächen. Wie sieht für Sie unter diesem Aspekt eine verantwortungsvolle Stadtplanung aus?

Diese Aussage ist nicht zutreffend. In Mitte Altona werden auf ehemaligen Bahnflächen, im Holsten Quartier auf ehemaligen Industrieflächen, in der Hafencity/ Kleiner Grasbrook auf ehemaligen Hafenumflächen oder mit dem A7-Deckel über einer Autobahn, neue Grünflächen geschaffen.

6. Wie gewichten Sie die vorhandenen unterschiedlichen Interessen von Wohnbebauung, Krankenhausneubau, Schulplanung, dem jetzigen Krankenhausgelände (Denkmalschutz), Verkehrsplanung und Grünflächenerhalt und -entwicklung in Bezug auf den „Rahmenplan Krankenhausquartier Altona“?

Alle Aspekte dieser Planung müssen insgesamt selbstredend gleichberechtigt gewichtet und abgewogen werden – mit einer Ausnahme: Altona braucht ein modernes zukunftsfähiges Krankenhaus. Das steht an oberster Stelle. Ein Krankenhaus muss erschlossen sein, wobei Straßenflächen eher aufgegeben werden können, als Grünflächen. Der Denkmalschutz muss gewährleistet sein, - wenn sich denn eine sinnvolle und wirtschaftlich tragfähige Lösung für die Nachnutzung finden lässt. Die Frage der Schulplanung steht sicherlich auch besonders im Vordergrund, da die Versorgung der Kinder gewährleistet sein muss – unabhängig davon wie die Situation entstanden ist. Hier gilt es einvernehmlich im Sinne der „Deckel-Verträge“

eine gute Lösung zu finden – die aber gefunden werden muss. Wohnungsbau steht bei all den Fragen dann eher hinten an.

7. Die aktuell angebotenen Ersatzflächen für die im Visier der Schulbehörde stehenden Kleingartenflächen beinhalten die Vernichtung von öffentlich zugänglichem Grün (Röpersweide) und die Umsiedlung von am aktuellen Standort gut integrierten Flüchtlingen (Holmbrook). Wie ist die Haltung Ihrer Partei zu diesen Verdrängungseffekten?

Flüchtlingsunterkünfte in Containeranlagen sind keine Dauerlösung als Wohnraum für Menschen. Die Umsiedlung ist von daher eine Frage der Zeit, die sowieso gemacht werden muss. Die Errichtung des Wohnungsbaus an der Baurstr. und die Integration der Flüchtlinge dorthin (und zu den anderen avisierten Orten) ist ein besserer Weg. Dementsprechend halten wir die dortigen Flächen für eine Option für die Kleingärten als machbare und gute Lösung. Anders sehen wir die Fläche Röpersweide. Die Verlagerung von Kleingärten dorthin erachten wir nicht für sinnvoll. Kleingärten fügen sich dort nicht ein, die Fläche ist sehr vernässt und steht im Konflikt mit der vorhandenen Wohnbebauung und ist zudem auf naturschutzfachlich wertvoll.

8. Der Krankenhausneubau für die Asklepios-Klinik Altona wurde in der Bürgerschaft beschlossen. Als Grundlage für den Beschluss wurde ein Gutachten genannt, das trotz mehrerer Anfragen nicht öffentlich zugänglich gemacht wurde. Wie ist die Position Ihrer Partei hierzu?

Die Aussage ist so nicht richtig. Es gibt in dem Sinne keinen expliziten Beschluss der Bürgerschaft für den Krankenhausneubau, außer das Haushaltsmittel für die weitere Planung von der Bürgerschaft beschlossen worden sind.

Wenn die Entscheidungsfindung des Senats gemeint ist, so muss auf die Antwort auf die Frage im Rahmen einer Schriftlichen Anfrage verwiesen werden, da so die Gesetzeslage ist:

Der Senat sieht zum Schutz seines internen Beratungs- und Entscheidungsbereichs davon ab, sich zu Einzelheiten der Vorbereitung einer Mitteilung an die Bürgerschaft und insbesondere zum Zeitpunkt seiner Beschlussfassung zu äußern (vergleiche BVerfG, Beschl. v. 30.03.2004 – 2 BvK 1/01 –, juris Rn. 44).

Asklepius hat zwei Gutachten angefertigt, eines zum Sanierungsaufwand und ein Anderes als kostenvergleich Sanierung vs. Neubau. In der Erörterung des Senats wurden diese Gutachten verwendet und führten zu dem Senatsbeschluss. Diese Gutachten sind Eigentum von Asklepius und müssten da angefragt werden. Hier hat die FHH keinen Zugriff darauf.

Prinzipiell sind die Grünen immer für Transparenz und die Veröffentlichung von Gutachten und anderen Dokumenten, wenn keine Gründe dagegensprechen, wie z.B. die Wahrung von Wirtschaftsgeheimnissen privater Unternehmen oder Personen, die schon nach der Datenschutzgrundverordnung nicht zu veröffentlichen sind.

Selbstredend sind im Rahmen der weiteren Planung alle dafür anzufertigen Gutachten zu veröffentlichen.

9. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die aktuell als Entwicklungsflächen markierten Gebiete auf dem Krankenhausgelände zukünftig als Schulstandort ausgewiesen werden?

Aktuell gibt es nur eine eher skizzenhafte Darstellung des Rahmenplanes mit eingezeichneten sog. Potenzialflächen, deren Begründung sich bisher nicht erschlossen hat bzw. begründet wurde. Ohne eine sachgerechte Begründung kann nicht über eine Flächennutzung oder eine Alternativnutzung entschieden werden bzw. diese bewertet werden.

10. Was tut Ihre Partei dafür, dass die Stadt Hamburg Grundstücke (z.B. in der Gasstraße) für den Schulbau aufkauft?

Flächenbevorratung gehört für die Grünen zu einer zukunftsfähigen Stadtentwicklungs-politik. Nur wenn die Stadt ausreichend Flächen im Eigentum hat, kann sie auch gestalten. In Stadtteilen, wie bspw. Nienstedten, in denen die Stadt über so gut wie gar keine Flächen verfügt, kann auch nicht gestaltet oder wie 2015 nicht mal Geflüchtete untergebracht werden. Das ist nicht in unserem Sinne. Im Übrigen gehört die Fläche an der Gasstraße schon seit langer Zeit der Stadt, - sie ist für den Schulneubau allerdings zu klein, wobei dies nochmal explizit geprüft wird – so wie alle anderen verfügbaren Flächen in dem Bereich.

11. Im Kontext der aktuell dringend benötigten neuen Schulen will man die enormen Fehlplanungen der zuständigen Behörden nun auf die Schnelle zu Ungunsten von öffentlichen Grünflächen und Kleingärten beheben. Was tut Ihre Partei dafür, dass ein Schulstandort nördlich der Behringstraße entwickelt wird, um dem Grundsatz „kurze Beine – kurze Wege“ gerecht zu werden, der zudem die Verkehrssicherheit der Kinder im Blick hat?

Aus unserer Sicht handelt es sich nicht um ein gesamtstädtisches Problem. In Ottensen kommen verschiedene Problemlagen zusammen und es bedarf intensiver Anstrengung um das Problem zu beheben. Nördlich der Behringstr. gibt es keine Flächen die dafür in Frage kommen würden, dementsprechend stellt sich diese Frage (leider) nicht.

12. Kleingärten fungieren auch als Begegnungsstätten für Menschen aller Generationen und sozialer Schichten. Sie sind ein Erlebnis-, Lern- und Erfahrungsraum für Kinder, dienen der Erholung und Bewegung und bieten ein kreatives Betätigungsfeld für alle. Wie berücksichtigen Sie diesen wichtigen sozialen Aspekt bei weiteren Planungen?

Sport, Erholung und Bewegung ist bei allen Planungen im jeweiligen Kontext in unterschiedlicher Form ein wichtiger Aspekt von Stadtentwicklungsvorhaben. Bspw. auf dem A7-Deckel, wo man mit den Bürger*innen ein umfangreiches Beteiligungsverfahren zur Gestaltung des Grünzuges veranstaltet hat, bei der Planung der Fahrradachsen (Veloroute und Fahrradschnellroute), bei der weiteren Planung der Science-City (größere Sport-/ Bewegungsflächen am Volkspark,) dem Sport Park Baurstr., und dem Holsten Quartier (u.a. auch mit Indoor-Sportflächen im Community Center) uvm.

13. Die umliegenden Sportplätze am Trenknerweg, am Othmarscher Kirchenweg und die Adolf-Jäger-Kampfbahn sind zur Bebauung freigegeben bzw. werden schon bebaut. Wie wollen Sie sicherstellen, dass auch in Zukunft alle Teile der Bevölkerung, insbesondere auch Kinder und Jugendliche, einen ausreichenden und sicheren Zugang zu wohnortnahen Bewegungs- und Erholungsräumen haben?

Trenknerweg und Othmarscher Kirchenweg gehören zu dem Kompromiss zur Errichtung des A7-Deckels – dem größten städtebaulichen Projekt dieser Stadt mit dem Lärmschutz für 100.000 Menschen und ein Grünzug von der Elbe bis nach Bahrenfeld geschaffen wird. Auf diesen Deckel werden die Kleingärten verlagert – und dauerhaft gesichert. Für die Sportnut-

zung wurde der Sportpark an der Baurstr. mit modernen zukunftsweisenden Sportflächen geschaffen, die sich mittlerweile großer Beliebtheit erfreuen. Die Adolf-Jäger-Kampfbahn wurde von Altona 93 an ALTOBA und Behrendt-Wohnungsbau aufgrund einer finanziellen Notlage verkauft. Auf diese Entscheidung hatte Hamburg keinen Einfluss.

Ansonsten s. Antwort zu 12

14. Die große ökologische Bedeutung der derzeit noch bestehenden Kleingartenanlage zwischen Behringstraße und Bernadottestraße ist unbestritten. Wie stehen Sie zur Vernichtung der über 100 Jahre gewachsenen alten Kleingartenanlage und der damit verbundenen Vernichtung der Artenvielfalt?

Die Fragestellung impliziert einen Sachverhalt der so nicht richtig ist. Es werden nicht alle Kleingärten verlagert, sondern nur die gemäß dem Kompromiss zum A7-Deckel (s. Antwort zu 13.) im Norden der Anlage. Für weitere Verlagerungen gibt es aktuell keine Grundlage. Dementsprechend kann von einer „Vernichtung der Artenvielfalt“ nicht die Rede sein.

15. Dass vor allem große, zusammenhängende Grünflächen einen ausgleichenden Effekt auf das Stadtklima haben, ist hinlänglich bekannt. Als Frischluftschneisen mit hohem Sauerstoffgehalt bilden sie ein Gegengewicht zur dichten Bebauung und sie sorgen für einen messbaren Temperatureausgleich – vor allem in heißen Sommern. Wie werden Sie sicherstellen, dass dieser Aspekt (auch in Zukunft) in die Stadtplanung einfließt?

S. Antwort zu 2, 3 und 4. Zusätzlich ist es Grünes Wahlprogramm zum Temperatureausgleich, zur Staubfilterung und Luftbefeuchtung den Anteil an Gründächern und Fassadenbegrünung durch entsprechende Vorschriften deutlich zu vergrößern.

16. Anfang Dezember hat der Hamburger Senat ein großes Klimaschutzpaket angekündigt. Auch der Bezirk Altona hat im Oktober 2019 bereits entsprechende Beschlüsse auf den Weg gebracht, mit denen er sich verpflichtet, „alle baulichen Maßnahmen des Bezirks [...] hinsichtlich ihrer Auswirkungen aufs Klima“ zu überprüfen und Lösungen zu bevorzugen, „die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken“.¹ Kleingärten kommen diesbezüglich eine kaum zu überschätzende Bedeutung zu. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um Kleingärten als integralen Bestandteil des innerstädtischen Grüns zu erhalten?

Mit dem „10.000er-Vertrag“ hat Hamburg eine einvernehmliche Regelung, die die Anzahl der Kleingärten in Hamburg sicherstellt. Zu dem stehen die Grünen nach wie vor ohne „Wenn und Aber“. Hamburg braucht zu seiner zukunftsfähigen Entwicklung auch Flexibilität in der Flächendisposition. So wie aktuell Gewerbeflächen in Wohnungsbauflächen umgewandelt werden, so muss es gesamtstädtisch betrachtet möglich sein, auch andere Nutzungen zu verändern. An den Orten, wo absehbar der städtebauliche Kontext nicht veränderbar ist, eine Bebauung oder anderweitige Nutzung nicht sinnvoll oder möglich ist, sollten Kleingärten auch planungsrechtlich über Bebauungspläne festgeschrieben werden. Dies ist z.B. im Bezirk Altona und auf dem neuen A7-Deckel geschehen.

17. Werden Sie sich darüber hinaus dafür einsetzen, in Altona zu den bestehenden Kleingärten neue, wohnortnahe Gartenflächen zu schaffen? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen soll dies erfolgen?

¹ vgl. Bezirksversammlung Altona vom 24.10.2019, Drucksachen-Nr. 21-0123.3, S. 1-2.

s. Antwort zu 2, 3 und 4.

18. Wie wird Ihr konkretes Engagement für die Kleingärten im Gebiet Ottensen/ Othmarschen aussehen?

Die Planungen in diesem Gebiet obliegen der bezirklichen Planungshoheit und sind dementsprechend keine Angelegenheit der Landesebene. Bezüglich der „Deckelflächen“ die in der Hoheit der Landesebene liegen, gilt der Kompromiss zum A7-Deckel und die vorhandene Vertragslage mit den Kleingärtner*innen, an denen nur im Einverständnis mit diesen „gerütelt“ werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Anna Gallina". The script is cursive and fluid.

Landesvorsitzende Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hamburg